

Halle'sche Zeitung

1919 Nr. 371

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Umgeb. monatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 4,50, ein Jahr Mk. 15,-, durch die Post monatlich Mk. 1,65, vierteljährlich Mk. 4,75, außer Postgeb. Verlagshaus Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62, fernruf. Centrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postfachporto: Leipzig 29812.

Morgen-Ausgabe

Freitag, 1. August

Anzeigenpreis:

Die Zeig. 38 mm breit (mit Einzahlung 20 C.), die Zeig. 90 mm breit (mit Einzahlung 40 C.), Sonnt. nach Komm. Verlagsbüro Halle-Saale. Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30, fernruf. Amt Kurfürst Nr. 6280. Sächs. Berliner Schriftleitung. Verlags- und Druck- von Otto Ebste. Halle-Saale

Das Weißbuch über die Vorgeschichte des Waffenstillstandes

Neueste Tagesnachrichten

* Die deutsche Regierung hat ein Weißbuch über die Vorgeschichte des Waffenstillstandes herausgegeben.

* Die Nationalversammlung nahm die Befragungsvorlage in dritter Lesung mit 262 gegen 76 Stimmen an.

* In den Beratungen der Nationalversammlung wird vom Freitag bis Donnerstag nächster Woche eine Pause eintreten.

* In der Sitzung der Nationalversammlung wurde das Schulcompromiß mit großer Mehrheit angenommen.

* In Berlin wird über den Entwurf eines Verfassungsgesetzes und einer Fernsprechnetzordnung verhandelt.

* Der Sitz der bayerischen Regierung wird von Bamberg wieder nach München verlegt.

Das neue Weißbuch

Weimar, 31. Juli.

Das von der Regierung angefertigte Weißbuch über die Vorgeschichte des Waffenstillstandes, welches nach der Ansicht der Regierung die Schuld der Obersten Oberleitung am Friedensschlusse nachweisen soll, ist heute bei der Nationalversammlung vorgetragen worden unter dem Titel 'Vorgeschichte des Waffenstillstandes, amtliche Urkunden, herausgegeben im Auftrage des Reichsministeriums des Reichsanwaltschafts'.

Auf etwa 120 Seiten wird hier eine Reihe von Briefen, Telegrammen und Aufzeichnungen aus der Zeit vom 14. August bis 11. November 1918 ohne Zusätzlichen Bemerkungen einander gegenübergestellt. Die Tendenz dieser Arbeit geht indessen aus der Vorbemerkung hervor, in der behauptet wird, die Urkunden sollen ein objektives Urteil über die Verhandlungen ermöglichen, die dem Waffenstillstande und dem Friedensschlusse vorausgegangen seien. Deshalb sei alles aufgenommen, was irgendwie mit diesen Verhandlungen in Beziehung stehe. In einem Nachtrage am Schluß dieses Wortes wird indessen hinzugefügt, daß die entscheidenden Aufzeichnungen über die große Sitzung der Staatssekretäre den einzelnen Teilnehmern an dieser Sitzung nicht vorgelegt worden sind, sondern nur auf Grund von Niederschriften verschiedener Art zusammengefaßt sind. Diese Aufzeichnungen können daher nicht völlig als zuverlässige Urkunden betrachtet werden, sie seien aber wegen ihrer Wichtigkeit doch hier eingefügt worden. Man wird also dieses Einschaltens der Niederschriften selbst zunächst einmal die Neuierungen der beteiligten Persönlichkeiten abwarten müssen, ehe man sich ein grundlegendes Urteil bildet.

Ueber die übrigen Aktenstücke ist zu sagen, da sie zum Teil Bekanntes, zum Teil auch Neues wiedergeben, so wird nach und nach die schärfere Zurechtweisung, die seit dem 8. August immer durch den Bericht von Rehr dröhte, um jene fünf Divisionen, durch die planmäßige Miß- und Scharbeit wölzig gestattet, den Widerstand aufgaben und in williger Lust zurückzuführen. Wie man aus diesem Vorgange der Obersten Oberleitung die Schuld an dem Friedensschlusse zuschreiben will, ist unverständlich.

Der Zweck der Veröffentlichung ist ebenfalls nicht klar über die tatsächlichen Vorgänge zu schaffen, sondern sie bewegt sich durchaus in der gleichen Linie wie der erwähnte Bericht bei der politischen Aussprache. Sie soll die Schuldigen präzisieren und die damalige Regierung nach Herrn Erzberger von der Verantwortung für den Zusammenbruch Deutschlands entlasten.

Dazu muß natürlich die Vorbereitung auf den ganzen Zusammenhang werden, daß General Ludendorff einen Zusammenbruch der Armeen erlitten habe, daß sein Urteil unvorurteillich und vollkommen gewesen sei und daß er erst später, nachdem er die Reichsregierung auf den Weg des Waffenstillstandes gedrängt habe, seine Auffassung wendete und wieder zurückholte. Dazu eine einseitige Darstellung ist fastverständlich auch das ganze Lachschonmaterial entwerfen, das einer gründlichen Nachprüfung bedarf — auch auf seine Vollständigkeit hin — und in die rechte Licht gerückt werden kann, wenn auch die schwer ungenügenden Vertreter der Obersten Oberleitung zu Worte gekommen sind. Das schließt die Behauptung aufgestellt wird, am 9. November 1918 sei Wilton der Vorsitzende der Nationalversammlung Deutschlands gewesen, ist für die Tendenz des ganzen Buchwerkes charakteristisch, wird aber erklärt, wenn man feilt, daß der Verfasser, soviel wir wissen, Herr Rehr ist, der als sozialdemokratischer Kriegsveteranier sich für die Revolution in der Bekämpfung Ludendorffs nicht genug tun konnte.

In der Vorbemerkung des heute ausgegebenen Weißbuches über die Vorgeschichte des Waffenstillstandes heißt es u. a.:

Die Veröffentlichung ist erforderlich geworden, um der Legendengründung entgegenzutreten. Die veröffentlichten Dokumente entlasten den Frieden des Auswärtigen Amtes und der Reichsanwaltschaft. Sie sind Beiträge zur Entschärfung der Vorgeschichte des Friedensschlusses vom 11. Oktober und des Waffenstillstandes am 11. Oktober 1918. In großen Zügen ergibt die Sammlung folgendes Entwicklungsbild:

Während General Ludendorff noch Mitte Juli 1918 mit Bestimmtheit erklärt hatte, daß die jetzige Offensive den Frieden endgültig und entscheidend befehlen werde, darf jetzt angenommen werden, daß es nicht mehr möglich ist, den Krieg militärisch zu beenden, und daß daher an eine

Verständigung mit dem Feinde

und zwar durch neutrale Vermittlung zu denken wäre. Der Entschluß des Kaisers lautet vielmehr: es müsse auf einen geeigneten Zeitpunkt gewartet werden, wo wir uns mit dem Feinde zu verständigen hätten, und nach ihm fort der Reichsanwaltschaft die Beratung dahin zuzunehmen: diplomatisch müssen die Fäden betreffs einer Verständigung mit dem Feinde im geeigneten Moment angeknüpft werden. Ein früher Moment hätte sich nach den nächsten Erfolgen im Westen. Erst am 10. September tritt eine teilweise Änderung ein. Generalstabchef von Hindenburg erklärt sich nunmehr mit der Vermittlung einer neutralen Macht zur Durchföhrung einer Verständigung ohne Rücksicht einverstanden. Die Verhandlungen führen nicht zum Ziel. Am 21. September wird Bulgariens Zustimmung zur Verständigung festgestellt. Am 21. September an taucht in den Aktenstücken der Oberste auf, zur Einleitung der Friedensverhandlungen direkt an Amerika heranzutreten. Vorbereitungen werden getroffen. Am 23. und 24. September ist Staatssekretär von Oetzel wieder im Großen Hauptquartier. Das Ergebnis der Beratungen zeigt sich in dem Telegramm von Hindenburg an sein Berliner Amt vom 29. September, 9 Uhr 40 nachmittags:

„Bitte auf Grund Befehl Seiner Majestät und Zustimmung des Herrn Reichsanwalt in Wien und Amerikaner vertraulich mitteilen, daß ich vorläufig, Kaiserlich Wilton Frieden ausbieten auf Grund seiner 14 Punkte und ihn einzuholen, Friedensverhandlungen nach Washington zu beginnen. Nach Aufforderung zu sofortigem Waffenstillstand, wenn unsere Botschaften aufkommen, würde die in Sitzung besorgene neue Redeerklärung den Vorschlag auf gezeichnetem Wege an Präsident Wilson gelangen lassen, so daß der Vorschlag erst von ihr ausgehen würde.“

Nach am selben Abend gehen aus Berlin die Telegramme nach Wien und Brera an. In beiden Tagen tritt die Aktion in Wien ein. Generalstab. Die Oberste Oberleitung bietet jetzt auf das dringende, daß Friedensangebote gerade wegen der akuten Gefährdung der militärischen Lage sofort hinausgehen zu lassen. Am 1. Oktober nachmittags läßt Hindenburg dem Reichsanwalt von Pater mitteilen:

„Wenn ich heute abend stehen bis um Ihre Sicherheit vorhänden ist, daß Prinz Max die Regierung über die Bildung der Regierung irgendwie zuzweifeln ist, so halte er die Ausgabe der Erklärung für heute nachst für geboten.“

In einem Vortrag, den der Vertreter der Obersten Oberleitung am 2. Oktober vormittags vor den Reichsministern des Reichsanwaltschafts, hat in diesem Vortrag die militärische Lage sofort auf Grund der dringenden Lage sofort auf besitzliche gegen die gewünschte Friedensaktion. Am 2. Oktober läßt General Ludendorff selbst den Entwurf der Note telephonieren, die im wesentlichen mit dem späteren Wortlaut übereinstimmt. Der Prinz hält seine Bedenken aufrecht. Nach am 8. Oktober stellt er schriftlich die Frage:

„Ob die Oberste Oberleitung sich bewußt, daß die Einleitung einer Friedensaktion unter dem Druck der militärischen Zwangslage zum Vorteil deutscher Kolonien und deutscher Interessen, am wenigsten aber des eigenen, reinpolitischen Rechtes der übrigen Provinzen, führen kann?“

Am gleichen Tage überleitet Hindenburg, der in Berlin amende ist, dem Reichsanwalt nachmals schriftlich die Erklärung, daß die Oberste Oberleitung auf ihrer Forderung der sofortigen Ablehnung des Friedensangebotes bestehen werde. Nach eingehenden Beratungen unter dem Staatssekretär geht die Note unter diesem Druck der Obersten Oberleitung in der Nacht vom 8. zum 9. Oktober hinaus. In der Zeit bis zum Eintreffen der Antwort erklärt der Reichsanwalt am 6. Oktober nach dem vorliegenden Protokoll nachmals:

„Ich habe gegen die Note nichts einzuwenden, weil ich den Moment für verflücht hielt, zuments, weil ich an den Feind in der Konvention in Ruhe überlegen. Jetzt müssen wir die Front festhalten werden, und zwar durch geeignete Offiziere, Anwerber müssen gehört werden.“

Die Staatssekretäre äußern sich im gleichen Sinne. Generalstabchef Wilton ist in der Vertretung anderer Generäle ein Mitarbeiter und läßt für diesen Fall mit seinem Befehle rechnen.

Es folgt die

Vorgeschichte des Waffenstillstandes.

Am 5. Oktober antwortete Wilton. Am 9. Oktober findet eine mündliche Verhandlung mit Ludendorff statt, in der dieser einen kurzen Rückblick über die ganze Friedens-

vorgeschichte gibt. Er vertritt nunmehr den Standpunkt, daß Deutschland nicht genehmigen sei, alle Forderungen anzunehmen, die insbesondere eine schnelle Beendigung auf Preisgabe deutscher Besetzungen abgesehen werden könne. Aber die Antworten auf die Frage, wie lange nach Widerstand geleistet werden kann, lauten weidlich und unsicher. Die deutsche Oberleitung auf Wilton's Antwort ergeht noch im selben Entschlusse mit der Obersten Oberleitung übereinstimmend. Die zweite Note des Reichsanwalt's vom 15. Oktober wird ebenfalls überbracht. Die Mitteilung über diese Note in ganz Deutschland und namentlich ihre Wirkung auf das Meer ist offenbar groß. Der Widerstand legt sich überall. Der Feind häuft sich auf, und die Oberste Oberleitung möchte am Ende die Frage stellen, ob die deutschen Kräfte noch einmal im Falle der Not bis zum Scheitern müßten müssen, oder ob die moralische Widerstandskraft dafür zu sehr erschöpft sei. Am 17. Oktober finden drei Sitzungen statt. In der mittleren Sitzung äußert sich Ludendorff hoffnungsvoller als vor zwei Wochen, über die Möglichkeit über die nächsten Wochen hindurch handzuhalten. Aber seine Aufmerksamkeit wird durch den Bericht des Reichsanwalt's, Generalstabchef und Reichsanwalt, wiederum in die gleiche Richtung gedrängt. Am Ende der Sitzung weist der Reichsanwalt darauf hin, daß auch nach den weitestgehenden Hoffnungen Ludendorff's der Krieg nur auf befristete Zeit fortgesetzt werden kann, daß insbesondere mit dem Rückzug der Obersten Oberleitung in die eigenen Gebiete zu rechnen ist, und daß sich nurmehr die Frage erhebt: ist man am Schluß besser oder schlechter als heute? Ludendorff ist der Auffassung, daß es keine schloßteren Beobachtungen gibt.

Nach diesen Beratungen tritt wegen der schon stunden und sich zum Teil widersprechenden Auffassungen Ludendorff über die militärische Lage wieder das Bedürfnis hervor, andere Generale zu hören. Aber Ludendorff's Widerstand ist noch nicht beendet. Er folgt die deutsche Antwort vom 30. Oktober. Diesmal besteht eine sachliche Differenz zwischen der Obersten Oberleitung, Generalstabchef wegen der Einführung des Westfrontkrieges. In einer vor Ablehnung der Note aber dementsprechend mit deutschen Auslandvertretern, Grafen, Graf v. Drosowitsch, Graf v. Westermann, hatten diese sich übereinstimmend für das Eintreten kommen in der Hoffnung ausgesprochen. Es folgt der Rückblick des Waffenstillstandes. In diesem Stadium bestehen keine Meinungsverschiedenheiten mehr mit der Obersten Oberleitung. Am 10. November findet die Sitzung der Interessierten in Hindenburg's Gegenwart statt in Berlin und an die mit Frankreich verhandelte Waffenstillstandskommission, in welchen Punkten verteidigt werden müßten, Festsetzungen zu erreichen. Das Telegramm endet mit dem Wort:

„Keinart Durchführung dieser Punkte nicht, so wäre trotzdem abzufichten. Gegen Ablehnung Punkt 1, 4, 5, 6, 8, 9 wäre dann immerdar Verbleib unter Berufung auf Wilton herbeizuführen.“

Am 11. November 1918 tritt der Waffenstillstand in Kraft. Damit schloßen die Urkunden.

Die bairische Regierung in München

(Von unserem Sp. Correspondenten.)

München, 31. Juli.

Die bairische Regierung läßt nun die Lage in München für so weit gesichert, daß der Regierungssitz von Bamberg wieder nach München verlegt werden kann. Auch der Landtag überleitet am 15. August wieder nach München, um dort seine Tätigkeit fortzusetzen.

Die Besetzung der Rheinlande

Berlin, 31. Juli.

Die Entente hat auf die deutschereiche am 11. und 12. Juli in Versailles gehaltenen Beratungen wegen Ausfüßung des Abkommens über die militärische Besetzung der rheinischen Gebiete in einem auf alle Einzelheiten der deutschen Besetzung eingehenden umfangreichen Schriftstück geantwortet, das in einer Reihe von wesentlichen Punkten dem deutschen Standpunkte in Bezug auf die Besetzung entspricht. Gleichseitig erklärte sich die Regierung in Berlin, die Verhandlungen über andere Punkte, so namentlich über Art und Umfang der Besetzungsleistungen, fortzusetzen.

Zur Erweiterung der sich hieraus ergebenden Fragen hat der Vorsitzende der deutschen Kommission für das Rheinland-Abkommen, Unterstaatssekretär Dr. von Helldorf, die beteiligten Regierungsstellen und Mitglieder des parlamentarischen Beirats des von der Entente anerkannten Reichskommissars für die besetzten rheinischen Gebiete auf Freitag, den 1. August 1919, nachmittags in das Reichsministerium des Innern, Berlin, Wilhelmstraße 74, eingeladen. Im Anschluß daran werden die Verhandlungen im Laufe der nächsten Woche in Versailles wieder aufgenommen werden.

Genau, 31. Juli.

„Recherch' Gerad“ erklärt, daß die Kommission für die Auslegung und Durchführung des Friedensabkommens, die aus den Vertretern der fünf Großmächte bestehen wird, besondere Rücksichten erheben soll. Die Kommission wird sich jedoch nicht mit der Auslegung des Weltkrieges befassen, sondern nur mit den militärischen, politischen und finanziellen Fragen und auch nicht mit der Besetzung des linken Rheinganges an beschäftigen haben.

Erzbergers Lage

Äußerst geben uns mehrere Zuschriften zu, die in dem Augenblicke der Entscheidung...

Das Ende der Verfassungsberatung Nationalversammlung

Vorlesung der Vermögensgegenstände

Mittlerweile: Auch selbst, wenn Provinz oder selbständiger Staat, Oberpräsidenten unter einer Kommission...

Präsidium ist zwischen dem Zentrum und uns Verhängung als Gegenstand. Die Demokratie...

Als eine Folge der Revolution macht sich jetzt im deutschen Volke eine allgemeine Geistesbewegung bemerkbar...

Die Leichtfertigkeit fällt über Minister Urteile über Männer der politischen Vergangenheit...

Die Art, diesen Mann zu bekämpfen, muß daher die geduldeten Wägen verlassen. Hoffen wir...

Der ganze Erzbergerer Triumph baut sich auf den schwachen Säulen einer von der deutschen Regierung...

Nach die Folgerung des Außenministers Müller: der englischen Regierung des deutschen Herrens...

Wer sich das in Ruhe klar macht, dem muß es unverständlich erscheinen, wie in Weimar Männer...

Mit der Verkündung des französischen Anspruchs auf die Reichslande fällt das ganze Erzbergerer Säulengebäude...

Der Verfasser der vorliegenden Aufschrift scheint die Hoffentlichkeit Erzbergers gründlich zu unterschätzen...

Die Verfassung angenommen

Weimar, 31. Juli.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde in neunmündiger Abstimmung die Verfassungsvorlage...

Wurde beschlossen, ein einheitliches deutsches Verwaltungssystem zu erhalten...

Abg. Köpcke (Dem.): Dieser Artikel kann niemand den Vorwurf machen, daß sie nicht zureichend den Weg zum Einheitsstaat angehen...

Abg. Müller (Soz.): Ich stelle fest, es tritt in Oberdeutschland keine große Bewegung zur Unterstützung...

Regierungskommissioner Dr. Brenz: Ich freue mich, aus den Versicherungen meines Vorgesetzten...

Zu Artikel 131, Freireisende der Religionsgesellschaften...

Zu Artikel 132, Freireisende der Religionsgesellschaften...

Zu Artikel 133, Freireisende der Religionsgesellschaften...

Zu Artikel 134, Freireisende der Religionsgesellschaften...

Nachmittags-sitzung

In 9 1/2 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Die Beratung wird fortgesetzt...

Interaktionssekretär Schulz: Zwischen den drei großen Parteien ist in Verhandlung über die Schulfrage...

Über die Grundbesitzer des Artikels 143, wozu sich auch ein für alle gemeinsamen Grundstücke...

Es folgt der Bericht des Grundbesitzer-Untersuchungsausschusses...

Nach kurzer Debatte ergibt die Abstimmung die Ablehnung des Antrages...

Nach kurzer Debatte ergibt die Abstimmung die Ablehnung des Antrages...

Nach kurzer Debatte ergibt die Abstimmung die Ablehnung des Antrages...

Nach kurzer Debatte ergibt die Abstimmung die Ablehnung des Antrages...

Abg. Köpcke (Dem.): Nicht nur aus sachlichen Gründen, sondern in erster Linie aus politischen Gründen...

Abg. Müller (Soz.): Die Grundlage ist immer die Selbstbestimmung des deutschen Volkes...

Abg. Köpcke (Dem.): Ich stelle fest, es tritt in Oberdeutschland keine große Bewegung...

Regierungskommissioner Dr. Brenz: Ich freue mich, aus den Versicherungen meines Vorgesetzten...

Zu Artikel 131, Freireisende der Religionsgesellschaften...

Zu Artikel 132, Freireisende der Religionsgesellschaften...

Zu Artikel 133, Freireisende der Religionsgesellschaften...

Zu Artikel 134, Freireisende der Religionsgesellschaften...

Zu Artikel 135, Freireisende der Religionsgesellschaften...

Zu Artikel 136, Freireisende der Religionsgesellschaften...

Zu Artikel 137, Freireisende der Religionsgesellschaften...

Zu Artikel 138, Freireisende der Religionsgesellschaften...

Vertical text on the right edge of the page, likely from an adjacent page or bleed-through.

Annahme der Entschädigung erfolgt ohne Einsprache mit... 188 erhält auf Antrag Dr. Spahn die Festung: Zur Gerichtheit der Gesandtheit und Arbeitsfähigkeit, um der Verantwortlichkeit und zur Vorbereitung gegen die wirtlichen Folgen der Krieges und Beschlüsse des Reichstages...
Dr. von Deibitz (Stamm): Wir sind der Meinung, dass der Arbeiterausbeutung besondere Anstrengungen...
Kronen (II. S.): Die Reichstagspartei wollen den... (Sehr richtig bei den II. S.)
Kronen (fortfahrend): Die Arbeiter, die im Schönen...
Kronen (fortfahrend): Die Empörung, die Enttäufung...
Dr. Gohn (II. S.): Zur Geschäftsordnung: Mit seiner...
Kronen (fortfahrend): Das gehört nicht zur Sache...
Kronen (fortfahrend): Die Empörung, die Enttäufung...
Dr. Gohn (II. S.): Zur Geschäftsordnung: Mit seiner...
Kronen (fortfahrend): Das gehört nicht zur Sache...
Kronen (fortfahrend): Die Empörung, die Enttäufung...

Nach getaner Arbeit . . .

Am 31. Juli.
Aus Anlaß der Fertigstellung der Verfassung der deutschen Republik in der Nationalversammlung...
Weimar, 31. Juli.
Aus Anlaß der Fertigstellung der Verfassung der deutschen Republik in der Nationalversammlung...
Weimar, 31. Juli.

Ein neues Polischegeß

Berlin, 31. Juli.
Gente nachmittags findet, wie wir hören, eine Kabinets...
Berlin, 31. Juli.

Frankfurt a. M., 31. Juli.

Die französische Presse, die in wunderbarer politischer...
Frankfurt a. M., 31. Juli.
Die französische Presse, die in wunderbarer politischer...
Frankfurt a. M., 31. Juli.

1. daß ein Politzer wie Grotzger mit diesen Ent...
2. daß diese Entstellungen in der ersten Verfassung...
3. daß die Deutschen Herrn Grotzger nicht kennen...
4. daß die Deutschen Herrn Grotzger nicht kennen...
5. daß die Deutschen Herrn Grotzger nicht kennen...

Scheidemann in der Schweiz
Das „Wochenblatt von Pfaffen, Fortschrittsliche Post...
Scheidemann in der Schweiz
Das „Wochenblatt von Pfaffen, Fortschrittsliche Post...

millionenreicher sog. Buchhändler aus Deutschland, seinem...
millionenreicher sog. Buchhändler aus Deutschland, seinem...
millionenreicher sog. Buchhändler aus Deutschland, seinem...

v. Gröbe. Das Mitglied der Nationalversammlung...
v. Gröbe. Das Mitglied der Nationalversammlung...
v. Gröbe. Das Mitglied der Nationalversammlung...

Ein französisches Gegenstück zum Halle Mannlein...
Ein französisches Gegenstück zum Halle Mannlein...
Ein französisches Gegenstück zum Halle Mannlein...

Erzählt von Carl Dunder 1918. (Nachdruck verboten.)

Das grüne Kuvert

Erzählung von Otfried von Hanstein.
Ich kann Ihnen noch gar nichts sagen, Fräulein...
Ich kann Ihnen noch gar nichts sagen, Fräulein...
Ich kann Ihnen noch gar nichts sagen, Fräulein...

„Und dann ist mir doch das Herz so schwer, Gretchen...
„Und dann ist mir doch das Herz so schwer, Gretchen...
„Und dann ist mir doch das Herz so schwer, Gretchen...“

„Gollmannstraße 8.“
„Er mußte ja noch sehen, den Hausdiener Schröder zu...
„Gollmannstraße 8.“
„Er mußte ja noch sehen, den Hausdiener Schröder zu...
„Gollmannstraße 8.“

